

Politisch motivierte Straftaten auf Rekordniveau Dobrindts Alarmruf!

Politisch motivierte Straftaten in Deutschland sind 2024 um über 40% gestiegen. Innenminister Dobrindt reagiert mit einer Sicherheitsoffensive.



Deutschland - Die Zahl der politisch motivierten Straftaten in Deutschland hat im Jahr 2024 einen alarmierenden Anstieg erfahren. Laut [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de) erreichte die Anzahl der registrierten Taten über 84.000, was einem Anstieg von mehr als 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Es handelt sich um den höchsten Stand seit 2014, mit einem Anstieg der Straftaten im sechsten Jahr in Folge.

Mehr als die Hälfte der Vorfälle, genau 50 Prozent, wurden dem rechtsextremistischen Spektrum zugeordnet, wobei diese Delikte um fast 50 Prozent zugenommen haben. Auffällig ist dabei der Anstieg antisemitischer Vorfälle, der um 20 Prozent zulegte. Auch Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit sind

besorgniserregend gestiegen, um 34 Prozent bzw. 29 Prozent, so [stern.de](https://www.stern.de).

Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt

Ein wesentlicher Faktor für diesen Anstieg sind die Ereignisse im Nahen Osten sowie die Bundestagswahl, die als Treiber für viele der politischen Straftaten identifiziert wurden. Im Kontext des Nahost-Konflikts wurden 7.328 politisch motivierte Straftaten registriert, davon waren 2.832 antisemitisch motiviert. Darüber hinaus verzeichnete die Polizei 793 Fälle von politisch motivierter Gewalt, oftmals im Rahmen von Demonstrationen.

Beratungsstellen berichten von 3.453 rechtsextrem motivierten Angriffen, die insgesamt 4.861 Betroffene verzeichneten, darunter tragischerweise neun Todesopfer. Im Durchschnitt gab es somit neun Angriffe pro Tag, wobei fast 700 Minderjährige Ziel rechtsextremer Angriffe wurden. Dies führt zu einer dringlichen Forderung nach besserem Opferschutz sowie realistischeren Lagebildern von den Beratungsstellen.

Maßnahmen der Sicherheitsbehörden

Um auf diese beunruhigende Entwicklung zu reagieren, kündigte Innenminister Dobrindt eine Sicherheitsoffensive an. Diese Maßnahmen umfassen unter anderem die Erhöhung der Befugnisse der Sicherheitsbehörden sowie eine Anhebung der Mindeststrafe für Angriffe auf Vollstreckungsbeamte von drei auf sechs Monate. Zudem wird ein Vorschlag zur Einführung eines besonders hohen Ausweisungsinteresses bei jüdenfeindlichen Straftaten von Ausländern diskutiert.

Ein weiterer Schwerpunkt der Reformmaßnahmen liegt auf der Einstufung von Messerangriffen als Verbrechen mit einer Mindeststrafe von einem Jahr. Diese gesetzgeberischen Änderungen sollen dazu beitragen, der wachsenden Gefahr von

politisch motivierter Gewalt und Extremismus
entgegenzuwirken.

Statistische Auswertungen und Ausblick

Die aktuellen Zahlen unterstreichen die Bedeutung der politisch motivierten Kriminalität (PMK) für die Sicherheitslage in Deutschland. Laut dem Bundeskriminalamt (BKA) sind die Fallzahlen in verschiedenen PMK-Bereichen wie PMK-rechts auf 28.945 Fälle angestiegen, was fast die Hälfte aller registrierten Delikte ausmacht. Der Rückgang in anderen Bereichen, wie der PMK-sonstigen Zuordnung, zeigt zwar einige positive Entwicklungen, jedoch bleibt die Herausforderung bestehend.

Der Anstieg von Hasskriminalität, inklusive der Fälle mit ausländischer oder religiöser Ideologie, verdeutlicht die Komplexität der Sicherheitslage. Die Aufklärungsquote für politisch motivierte Straftaten lag 2022 bei 46,85 Prozent, was ebenfalls Raum für Verbesserungen lässt. Die Diskussion über die Gefahren von extremistischer Gewalt wird somit weiterhin ein zentrales Thema für die deutsche Gesellschaft und Politik bleiben.

Details	
Vorfall	Politisch motivierte Gewalt
Ursache	Nahost-Konflikt, Bundestagswahl
Ort	Deutschland
Verletzte	4861
Quellen	• www.tagesschau.de • www.stern.de • www.bka.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de